



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Klaus Adelt, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Auswirkungen der verschleppten Energiewende und des verzögerten Netzausbaus in Bayern auf bayerische Wirtschaft untersuchen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, welche Auswirkungen der unzureichende Ausbau von Windkraftanlagen und Photovoltaik in Bayern sowie der verzögerte Netzausbau auf die bayerische Wirtschaft haben. Dabei ist insbesondere auf die Aspekte der Strompreisentwicklung und Versorgungssicherheit einzugehen.

Begründung:

Bayern will bis 2040 klimaneutral sein. Das Ziel ist richtig! Um es zu erreichen, muss allerdings auch auf Landesebene der Handlungsspielraum vollumfänglich genutzt werden. Das ist bisher nicht der Fall. Das Setzen von ambitionierten Zielen darf nicht weiter darüber hinwegtäuschen, dass die ergriffenen Maßnahmen unzureichend sind. Gerade im Bereich Windkraft, aber auch bei der Photovoltaik hat Bayern noch erhebliches Zubaupotenzial.

Grundvoraussetzung für eine zuverlässige Stromversorgung sind leistungsfähige Netze sowohl bei den Übertragungsnetzen als auch bei den Verteilnetzen. Ein unzureichender Netzausbau gefährdet die Versorgungssicherheit und führt zu Preissteigerungen. Denn die jährlichen Kosten in Milliardenhöhe für Systemsicherungsmaßnahmen (Redispatch) schlagen sich in höheren Strompreisen nieder.

Bayern ist als Industriestandort darauf angewiesen, dass der Strom aus den Windparks im Norden in die Industriezentren im Süden transportiert wird. Durch das jahrelange Opponieren gegen die Stromtrassen – die den Strom aus Windkraft aus dem Norden in die Industriezentren im Süden bringen sollen – wurde auch hier die Akzeptanz in der Bevölkerung für wichtige Infrastrukturprojekte untergraben. CSU und FREIE WÄHLER riskieren mit ihrer verfehlten Energiepolitik dauerhaft hohe Energiepreise für die Wirtschaft und die Menschen in Bayern.